

# **Linke Wege aus der Haushaltskrise**

Berlin kann sich keine  
neue Ära Sarrazin leisten



Fraktion im  
Abgeordnetenhaus  
von Berlin

Die Linke Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin  
Telefon: 030/23252510, Fax: 030/23252515  
E-Mail: [kontakt@linksfraktion.berlin](mailto:kontakt@linksfraktion.berlin)  
V.i.S.d.P.: Yasmin Ranjbare, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Layout/Druck: Die Linke Fraktion Berlin  
Stand: 10. Oktober 2024

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!**

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.berlin](http://www.linksfraktion.berlin)

# Die Haushaltskrise ist Ausdruck einer Regierungskrise

Schwarz-Rot hat versprochen, „das Beste für Berlin“ zu geben. Der erste Doppelhaushalt dieser Koalition ist das exakte Gegenteil. Er sorgt für **Unsicherheit** in der Stadt. Er bringt weder den Umbau Berlins zu einer für die Folgen des Klimawandels widerstandsfähigen Stadt noch den Bau bezahlbarer Wohnungen voran. Er vertieft die sozialen Brüche. Er lässt **keine Strategie** für verlässliche Politik im Hier und Jetzt, geschweige denn für die Zukunft erkennen. Sie wird aber dringend benötigt. Und zwar nicht allein für die Sanierung des Haushaltes. Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die sozial gerechte Transformation der Stadt. **Öffentliche Investitionen** spielen eine zentrale Rolle bei der nachhaltigen und klimaresilienten Transformation unserer Städte. In einer Zeit, in der die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher spürbar werden, sind Städte gefordert, ihre Infrastruktur und Lebensweise grundlegend zu verändern. Dies erfordert erhebliche finanzielle Mittel und eine langfristige Planung, die nur durch einen starken und gut ausfinanzierten Staat gewährleistet werden kann. Nur ein starker Staat ermöglicht die Umsetzung umfassender und **integrierter Stadtentwicklungsstrategien**, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigen.

CDU und SPD haben es nicht geschafft in Zeiten, die höchste Anstrengungen erfordern, ohne haushaltspolitische Verständigung in eine Koalition zu gehen. Es ist ihnen auch noch gelungen, einen völlig aus der Zeit gefallenen Haushalt zu verabschieden, der – wir hatten es seinerzeit angemerkt – schon am Tage seiner Verabschiedung Makulatur war.

Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik des schwarz-roten Senats. Er offenbart schonungslos, dass CDU und SPD von Beginn an die Kraft fehlte, gemeinsame Entscheidungen auf Basis einer gemeinsamen Idee von der Zukunft Berlins zu treffen. Schon während der Koalitionsverhandlungen zeichnete sich eine Überzeichnung des Haushaltes ab. Die Verhandelnden der SPD brauchten

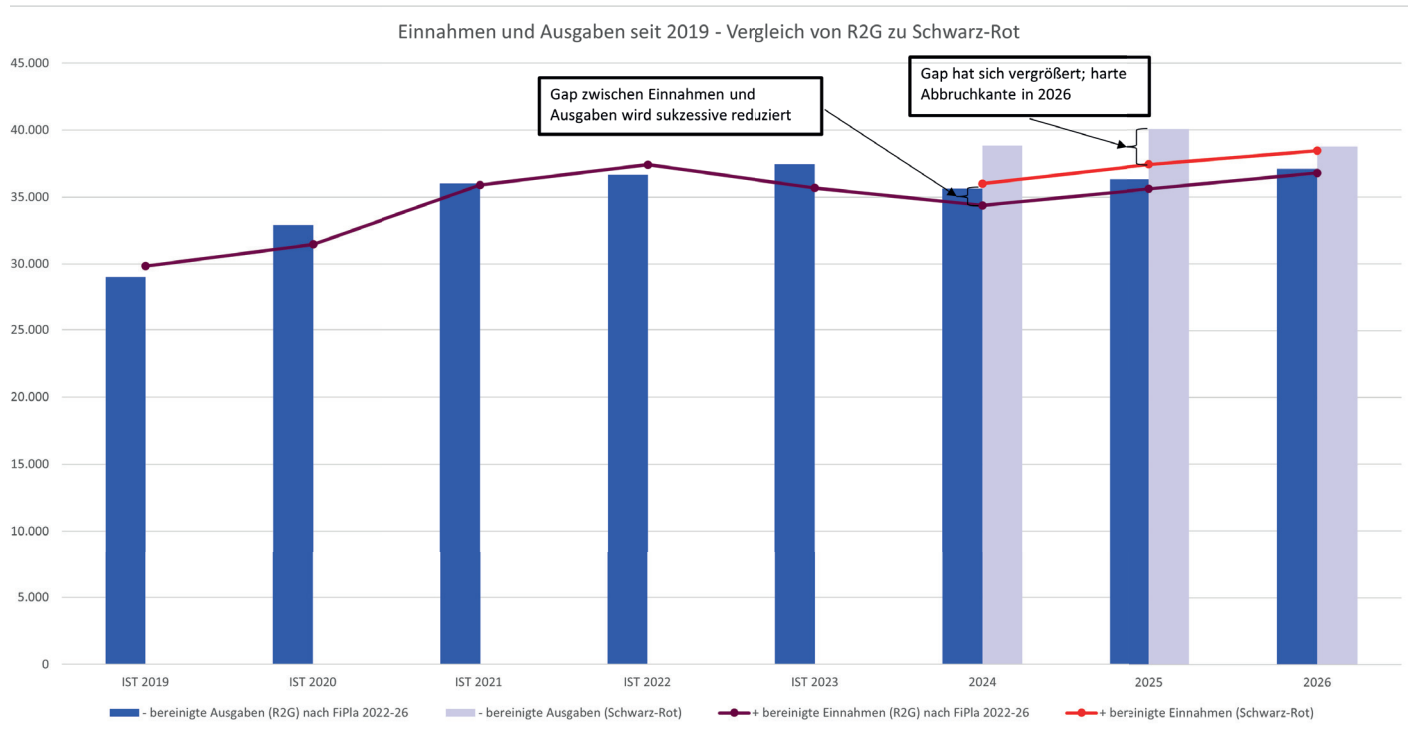
dringend teure Projekte, um den Koalitionswechsel zur CDU erfolgreich durch den Mitgliederentscheid zu bringen. Auch die CDU musste für ihr Klientel den Beweis erbringen, dass ein Senat Wegner im Haushalt erkennbar ist. Das zwischen CDU und SPD seit Jahrzehnten eingeübte Koalitionsprinzip der Beutegemeinschaft, des „Du ein Projekt, ich ein Projekt“ feierte sofort Urstand. Die Folge: CDU und SPD steuern Berlin in eine **Finanzierungskrise** mit zerstörerischen Auswirkungen. Schwarz-Rot braucht alle Rücklagen auf und stellt einen Haushalt mit **ungedeckten Schecks** auf. In 2024 müssen 1,75 Milliarden und in 2025 voraussichtlich knapp fünf Milliarden Euro gekürzt werden.

### Die Haushaltskrise ist vor allem selbstgemacht

Um die Öffentlichkeit über die eigene Verantwortlichkeit für das **Haushaltschaos** zu täuschen, erfand die Koalition zwei Unwahrheiten. Sie hätte erstens den desolaten Haushalt vom Vorgängersenate geerbt und seien zweitens dazu gezwungen die durch Corona- und Ukraine-Krisenfolgenbekämpfung aufgewachsenen Ausgaben auf das Normalmaß zurückzufahren. Beides ist kontrafaktisch.

Die **Vorgängerkoalition** aus SPD, Grünen und Linke hatte bereits im Zuge der Vorbereitungen zur Haushaltsaufstellung 2024/2025 begonnen, die durch Krisen bedingten höheren Ausgaben wieder zurückzufahren und das Ausgabenvolumen im Haushaltsjahr 2023 um mehr als 2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr abzusenken. Hätte sich die CDU-SPD-Koalition verantwortungsvoll verhalten, hätte sie diesen **moderaten Konsolidierungskurs** weiterverfolgt und die für die schwere Zeit angelegten Rücklagen nachhaltig bewirtschaftet, wäre das Land Berlin jetzt nicht in dieser Lage.

Die Erzählung, Berlin habe in den letzten Jahren weit über seine Verhältnisse gelebt, ist falsch. Zwar stimmt, dass sich



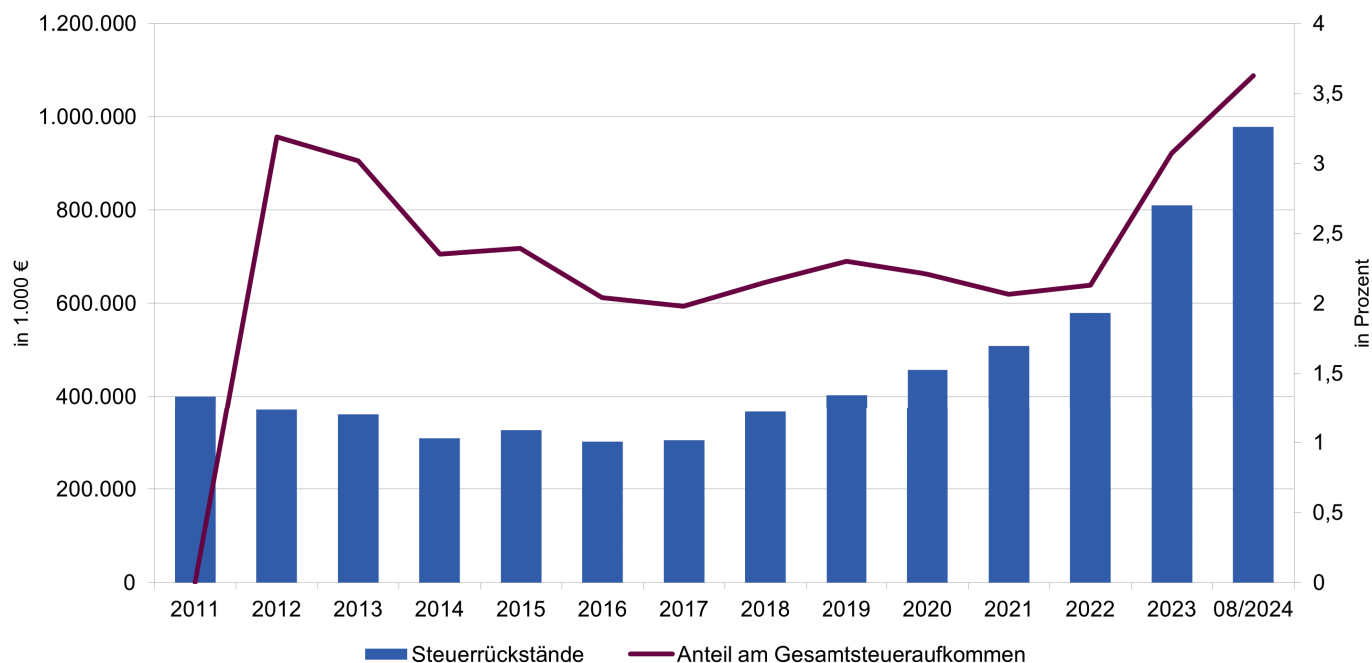
die bereinigten Ausgaben seit 2014 um mehr als 60 Prozent erhöht haben von ca. 23 Milliarden Euro auf ca. 37,5 Milliarden Euro in 2023. Allerdings sind dies nominale Größen ohne Berücksichtigung der Preissteigerung. Der Verbraucherpreisindex ist in Berlin von 2014 bis 2023 um 24 Prozent gestiegen. Bereinigt um diesen Preisanstieg lag die Ausgabensteigerung gerade auf dem Niveau der Steigerung der Berliner Wirtschaftsleistung: Das reale Bundesinlandsprodukt hat in diesen Jahren um 32 Prozent zugenommen – die preisbereinigten Ausgaben ebenso. Und das merkt und sieht man der Stadt an zum Beispiel im Bereich des Investitionsstaus. Zu berücksichtigen sind zudem die krisenbedingten Ausgaben der letzten Jahre: Der Bund hat in der Corona-Krise und bei der Aufnahme der Geflüchteten die Kosten zu stark auf die Länder abgewälzt – von einem funktionierenden Konnexitätsprinzip kann hier keine Rede sein. Neben der stagnierenden Ausgabenseite gibt es aber auch noch das Problem einer viel zu schwachen Einnahmeentwicklung. Die bereinigten Einnahmen haben, wenn wir die Preissteigerungen seit 2014 berücksichtigen, nur um 21 Prozent zugenommen und fallen immer weiter hinter die Ausgaben zurück. Neben dem unverantwortlichen Handeln der Koalition krankt der Berliner Haushalt also auch bereits an diesem systemischen Fehler.

Dort, wo der Staat immer weniger funktioniert, wird er politisch infrage gestellt.

### Die Haushaltskrise bedroht den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie

Der Senat Wegner fährt mit 220 km/h auf eine Abbruchkante der öffentlichen Finanzen zu; mit verheerenden Folgen für die öffentliche Infrastruktur, den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Denn dort, wo der Staat immer weniger funktioniert, wird er politisch infrage gestellt und ökonomisch zur Beute von privaten Investoren. Für die Linksfraktion ist klar: Berlin kann sich die GroKo im wahrsten Sinne des Wortes nicht länger leisten. Deswegen schlagen wir im Folgenden kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für die Haushaltskrise vor.

## Steuerrückstände seit 2012 und Anteil am Gesamteueraufkommen



### Die Einnahmeseite stärken oder: Vor der Kür kommt die Pflicht

Das Land Berlin verzeichnet **seit 2022 rückläufige Einnahmen** aus Steuern und Bundesergänzungszuweisungen. Dies wird sich vor dem Hintergrund der Rezession der Bundesrepublik trotz des im Bundesländervergleich stärkeren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Berlins wohl nicht verbessern. 2023 sank das Bruttoinlandsprodukt der BRD um 0,2 Prozent. Auch im zweiten Vierteljahr 2024 ging die deutsche Wirtschaftsleistung entgegen den Erwartungen leicht zurück. Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes sank das reale Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal.<sup>1</sup> Auch die aktuelle Konjunkturprognose bestätigt, dass sich Deutschland in der **Rezession** befindet. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre gemeinsame Konjunkturprognose gesenkt. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte nach ihrer Prognose in diesem Jahr um 0,1 Prozent sinken.

Zu den sinkenden Einnahmen tritt das zum Teil selbst verschuldete Problem der **echten Steuerrückstände** hinzu. Die Summe betrug demnach zum 29. Februar 2024 genau

905.225.000 Euro, das war ein Anstieg von rund 320 Millionen innerhalb eines Jahres. Das ist mehr Geld, als zum Beispiel Spandau, Reinickendorf, Treptow-Köpenick oder Friedrichshain-Kreuzberg im vergangenen Jahr zur Verfügung hatten. Per 31. August 2024 stiegen die echten Steuerrückstände auf das **traurige Rekordhoch von 978 Millionen Euro** an. Die Gesamtsumme der temporär niedergeschlagenen öffentlich-rechtlichen Forderungen der Finanzämter beträgt per 31. Dezember 2023 stolze 2,1 Milliarden Euro. Dieser traurige Befund wird durch die desolaten **Personalsituation in den Finanzämtern** verstärkt. Per 31. August 2024 waren in allen Finanzämtern 329 Vollzeitäquivalente unbesetzt. Die Steuerprüfquoten haben noch immer nicht das Vor-Corona-Niveau erreicht. Insbesondere bei den Großbetrieben wurde in 2023 nur eine Quote von 16,3 Prozent erreicht. Der Finanzsenator darf dieser Entwicklung nicht länger tatenlos zuschauen. Die Linksfraktion erwartet, dass er dem Parlament endlich ein Konzept und einen Fahrplan vorlegt, wie diese Rückstände hereingeholt werden können. Dazu gehört insbesondere die schnelle Besetzung der offenen Stellen bei den Finanzämtern für Körperschaften, Internationales und für Strafsachen. Auch die **Prüfquoten bei den Großunternehmen** müssen wieder auf 25 Prozent erhöht werden.

<sup>1</sup> Bundesbank, Monatsbericht August 2024, S. 9.

# Der Landeshaushalt kann sich nicht länger Klientelgeschenke von CDU und SPD leisten.

Zusammengefasst muss der Senat zuerst seiner Pflichtaufgabe nachkommen und die Einnahmen steigern. Die Linksfraktion hat dazu bereits verschiedene Vorschläge gemacht bzw. schlägt vor:

- Erhöhung der **Grunderwerbssteuer** auf das Brandenburger Level (+ 0,5 Prozentpunkte)
- Erhöhung der **Übernachtungssteuer** auf das Dortmunder Level (+ 2,5 Prozent)
- Erhöhung der **Zweitwohnungssteuer** auf das Münchener Level (+ 3 Prozent)
- Einführung der **Grundsteuer C**
- Erhöhung der **Vergnügungssteuer** (min. + 5 Prozent)
- Erhöhung der **Steuerprüfquoten** bei Körperschaften und Einkommensmillionären
- Bundesratsinitiative zur **Wiedereinführung der Vermögenssteuer**
- Taskforce zur Reduzierung der echten **Steuerrückstände**
- Überprüfung der **temporär niedergeschlagenen Forderungen** der Finanzämter
- Stärkung von Landeskriminalamt, Staatsanwaltschaften und Gerichten zur **Bekämpfung von organisierter Finanzkriminalität** und Vermögensabschöpfung

## Ausgabenseite senken: Soziale und nachhaltige Prioritäten setzen

Nicht sachgerechte Ausgaben müssen zurückgefahren oder gestrichen werden. Der Landeshaushalt kann sich nicht länger **Klientelgeschenke von CDU und SPD** leisten. Dazu gehören unter anderem teure finanzielle Fehlsteuerungen im Verkehrs- und Mobilitätssektor, Gedankenspiele und Planungen unnötiger Großprojekte, wie zum Beispiel Olympiabewerbung oder die Einführung des Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach sowie prestigeorientierte Wirtschaftsförderung.

## Nachhaltige Investitionen durch Transaktionskredite und Landesunternehmen ermöglichen

Der Landeshaushalt muss so ausgestaltet werden, dass gilt: Wir kürzen uns nicht aus der Wirtschaftskrise, sondern investieren. Dafür schlägt die Linksfraktion eine verantwortungsvolle **finanzpolitische Strategie** vor.

Wir wollen Schwerpunkte setzen und priorisieren unsere Maßnahmen in allen Politikfeldern. Dafür müssen rechtliche und fiskalische Spielräume konsequent genutzt und mit den gesetzten Schwerpunkten in Einklang gebracht werden. Konkret schlagen wir vor:

- Das Berliner Schuldenbremsengesetz muss in Hinblick auf die Ausgestaltung der **Konjunkturkomponente** und deren Definition der Normallage und konjunkturpolitische Potenziale auf den Prüfstand. Dies sollte auch Anpassungen der Berechnung des Produktionspotenzials zur besseren Abschätzung eines vollausgelasteten Arbeitsmarkts umfassen. Die aktuelle Gesetzeslage erlaubt keine Kredite in einem Umfang, der das Erreichen des Entwicklungspfades vor der Pandemie erlaubt. Dadurch fällt Berlin aber auch ganz Deutschland im internationalen Vergleich wirtschaftlich immer weiter zurück.
- Die Laufzeiten des **Tilgungsplans der Notfallkredite** müssen überprüft werden. Die Tilgung der Notfallkredite sollte in dieser Legislatur nicht den Haushalt belasten.
- Zur Bewältigung der Folgekosten internationaler Fluchtbewegungen, insbesondere derjenigen, die sich unmittelbar oder mittelbar aus dem verbrecherischen russischen Angriffskrieg ergeben, wird noch im Jahr 2024 eine **finanzverfassungsrechtliche Notlage** erklärt und begründet. Dies wird ggf. jährlich fortgesetzt.
- Die **Transaktionskreditemächtigungen** müssen bedarfsgerecht heraufgesetzt und ausgeübt werden, um über **Eigenkapitalzuführungen** an ausgewählte Landesunternehmen nachhaltige und für die Verbraucher kostenneutrale Investitionen zu hebeln oder Ankäufe bzw. leistbaren Neubau zu finanzieren. Dies gilt zum Beispiel für die Investitionsbank Berlin, die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften, die Bodenfonds Berlin GmbH, die BVG sowie die Infravelo durch Grün Berlin, um den Ausbau der Radwege sicherzustellen unter anderem.
- Wir fordern den Senat damit einhergehend auf, eine kriteriengeleitete Neu-Priorisierung bei der **Investitionsplanung** vorzunehmen. Der Schwerpunkt muss hier auf die Fortsetzung der Schulbauoffensive, Klimaresilienz, Gesundheit und Verkehr liegen.

■ Das Ziel unserer Politik ist weiterhin, dass die **öffentliche Daseinsvorsorge** durch das Land Berlin sichergestellt sein muss. Der Auf- und Ausbau öffentlicher Strom-, Wasser-, Gas- und Fernwärmenetze ist dabei genauso wichtig wie eine gute Gesundheitsvorsorge sowie Kitas und Schulen vor Ort. Einfach eine funktionierende Infrastruktur vom ÖPNV bis zur Verwaltung in den Bezirken.

■ Wir fordern den Regierenden Ankündigungsmeister Kai Wegner auf, ernsthafte Gespräche mit allen Ministerpräsidenten und Friedrich Merz zu führen, um eine **Modifikation oder Abschaffung der Schuldenbremse** im Grundgesetz zu erreichen.

■ Wir fordern den Senat auf, ein **New-Work-Konzept** für die Verwaltung zu erarbeiten und darauf aufbauend einen Abmietungszeitplan für gemietete Büros zu erarbeiten.

### **Pakt mit den sozialen Trägern**

Soziale Träger und Verbände der Wohlfahrtspflege bilden das Rückgrat der sozialen Infrastruktur dieser Stadt. Bei der Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten sie einen erheblichen Beitrag. Doch die anhaltend hohe Belastung durch multiple Krisen bringt ihre personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen an die Grenzen der Belastbarkeit. Steigende Kosten für Miete, Energie und Sachmittel sowie dringend benötigte verbesserte Tarifbedingungen für ihre Beschäftigten kosten viel Geld. Es fällt ihnen zusehends schwer, Personal und Räumlichkeiten zu finden, während der Bedarf nach sozialen Dienstleistungen stark zunimmt. Deswegen setzen wir uns für eine **dynamische Mindestfinanzierung** ein, um Planungssicherheit für die Träger zu garantieren. Es braucht eine Entbürokratisierung beim Zuwendungsrecht und die Vergabe von landeseigenen Immobilien im Erbbaurecht an soziale Träger. Eine fortlaufende Tarifangleichung der freien Träger an das Niveau von Landesbeschäftigten sorgt dafür, dass das dringend benötigte Fachpersonal nicht den Job wechselt.

### **Berlin darf nicht zur Beute von Investor:innen werden**

Die selbst verursachte Haushaltskrise darf nicht als Ausrede herhalten, Berlin zur Beute von Investoren zu machen. Wir werden gemeinsam mit der Stadtgesellschaft gegen jeden Versuch von CDU und SPD kämpfen, der Grund und Boden verkauft oder unseriöse Finanzierungsmodelle wie Public-Private-Partnerships oder Cross-Border-Leasing vorschlägt. Diese politische Stoßrichtung wurde bereits im Koalitionsvertrag deutlich, der eine Prüfung ankündigt, ob die Berliner Schulbauoffensive durch Public Private Partnership, kurz PPP, unterstützt werden kann.

Das Berlin des 21. Jahrhunderts braucht keinen Rollback in die Ära Landowsky oder Sarrazin. Gleiches gilt für den Abbau von sozialen Standards.